

**Beglaubigte Abschrift**

405 C 2223/17



Verkündet am 25.10.2018

Bisplinghoff, Justizbeschäftigte  
als Urkundsbeamtin der  
Geschäftsstelle

**EINGEGANGEN**

**31. Okt. 2018**

Erl.....

**Amtsgericht Dortmund**

**IM NAMEN DES VOLKES**

**Urteil**

In dem Rechtsstreit

Klägerin,

Prozessbevollmächtigte:

gegen

Beklagten,

Prozessbevollmächtigte:

Rechtsanwälte Dr. Vollmer, Pallasstraße 79,  
44575 Castrop-Rauxel,

hat das Amtsgericht Dortmund  
im schriftlichen Verfahren mit einer Schriftsatzeinreichungsfrist bis zum 11.10.2018  
durch den Richter am Amtsgericht Dr. Laqua  
für Recht erkannt:

Die Klage wird abgewiesen.

Die Kosten des Rechtsstreits trägt die Klägerin.

Das Urteil ist vorläufig vollstreckbar. Der Klägerin wird  
nachgelassen, die Vollstreckung durch vorherige  
Sicherheitsleistung in Höhe von 120 % des vollstreckbaren  
Betrages abzuwenden, wenn nicht zuvor der Beklagte  
Sicherheitsleistung in Höhe von 120 % des jeweils zu  
vollstreckenden Betrages leistet.

#### Tatbestand:

Die Klägerin begab sich im Beisein des Zeugen \_\_\_\_\_ ihrem Ehemann, am  
17.11.2016 um 16.30 Uhr zur Fußpflegebehandlung in das \_\_\_\_\_  
deren Inhaber \_\_\_\_\_ der Beklagte ist.

Die Behandlung wurde von der Angestellten des Beklagten, der Zeugin  
\_\_\_\_\_ durchgeführt. Die Umstände der Behandlung sind ebenso streitig  
wie eine Verletzungshandlung während der Behandlung.

Nach der Fußpflegebehandlung versorgte der Zeuge \_\_\_\_\_ eine Verletzung am  
rechten Fuß der Klägerin zu Hause mit Desinfektionsspray, Bepanthen-Wund- und  
Heilsalbe und einem sterilen Pflaster. Diese Wundversorgung wiederholte der Zeuge  
\_\_\_\_\_ zweimal täglich. Der weitere Krankheitsverlauf ist streitig.

Die Klägerin behauptet, die Zeugin habe sie bei der Entfernung einer verhornten Stelle am Fußballen des rechten Fußes verletzt. Die hierbei verwendeten Geräte hätten lediglich in einem Wasserglas gestanden und keinen sterilen Eindruck gemacht.

Die Zeugin habe unmittelbar danach geäußert, dass sie wohl zu tief gearbeitet habe. Die Zeugin habe die Blutung mit Hilfe eines Handtuches, welches zuvor auf dem Boden gelegen und von einer vorangegangenen Behandlung gestammt habe, gestillt, ohne zuvor die Wunde desinfiziert zu haben.

Die Wundbehandlung zuhause durch den Zeugen sei korrekt erfolgt.

In der Folgezeit sei es zu zunehmenden Rötungen an dem Fuß gekommen. Nachdem Anfang Dezember 2016 ein Anschwellen des Fußes festzustellen gewesen sei, habe sie sich nach ärztlicher Konsultation am 07.12.2016 in der Zeit vom 07.12.2016 bis zum 13.12.2016 in stationärer Behandlung befunden.

In den Tagen ab dem 16.12.2016 sei eine Besserung des Fußes in der Weise eingetreten, dass sie wieder mit dem Fuß auftreten können. Im Einverständnis mit dem behandelnden Arzt habe sie am 20.12.2016 eine Flugreise angetreten. Nach dem Flug habe sich die Wunde aber wieder geöffnet, so dass ein Auftreten nicht mehr möglich gewesen sei. Ausflüge und Wanderungen hätte sie zusammen mit dem Zeugen nicht unternehmen können.

Einer Wundversorgung am 13.01.2017 hätten sich weitere, stationäre Aufenthalte in der Zeit vom 14.01.2017 bis 19.01.2017 sowie vom 10.02.2017 bis 15.02.2017 angeschlossen. Zwischenzeitlich sei die Wundversorgung, professionell vorgenommen worden. Nachdem sie vorübergehend einen Gehschuh über einen Zeitraum von 6 Wochen haben tragen müssen, benötige sie bis in die Gegenwart Lymphdrainagen und Kompressionsstrümpfe. Die Behandlung der Wundrose als Folge der Verletzungshandlung dauere noch an. Sie leide fortwährend unter einem sekundären Lymphödem nach Erysipel. Ein Ende der Behandlung sei nicht abzusehen.

Die Klägerin meint, ein Schmerzensgeld in Höhe von mindestens 2.000,00 EUR zu fordern berechtigt zu sein.

An materiellen Schäden behauptet die Klägerin einen Gesamtbetrag in Höhe von 454,85 EUR und weiteren 77,06 EUR sowie einen Schadensbetrag für entgangene Urlaubsfreuden für den Zeugen aus dessen behauptet abgetretenem Recht und für sich in Höhe von insgesamt 1.962,00 EUR.

Sie zahlte die Eigenanteile für die regelmäßige Lymphdrainage in Höhe von 62,06 EUR, für die Thrombosestrümpfe in Höhe von 10,00 EUR und für die Krücken in Höhe von 5,00 EUR.

Schließlich behauptet sie, vorgerichtliche Rechtsanwaltskosten in Höhe von 413,64 EUR an ihren Prozessbevollmächtigten gezahlt zu haben.

Die Klägerin beantragt,

1. den Beklagten zu verurteilen, an sie ein angemessenes Schmerzensgeld nebst Verzugszinsen in Höhe von fünf Prozentpunkten über dem jeweiligen Basiszinssatz seit Rechtshängigkeit zu zahlen;
2. den Beklagten zu verurteilen, an sie einen Betrag in Höhe von 1.512,91 EUR nebst Zinsen in Höhe von fünf Prozentpunkten über dem jeweiligen Basiszinssatz seit Rechtshängigkeit zu zahlen;
3. festzustellen, dass der Beklagte verpflichtet ist, ihr allen weiteren materiellen und immateriellen Schaden zu ersetzen, der ihr aus der Fußbehandlung am 17.11.2016, um 16.30 Uhr, in der Filiale \_\_\_\_\_ noch entstehen wird, soweit der Anspruch nicht auf einen Sozialversicherungsträger oder andere Dritte übergangen ist;
4. den Beklagten zu verurteilen, an sie vorgerichtliche Rechtsanwaltskosten in Höhe von 413,64 EUR zu erstatten.

Der Beklagte beantragt,

die Klage abzuweisen.

Der Beklagte behauptet, die Zeugin \_\_\_\_\_ sei eine hoch qualifizierte Mitarbeiterin mit jahrelanger Berufserfahrung und abgeschlossener Ausbildung zur Fußpflegerin. Sie habe die Behandlung ordnungsgemäß und sorgfältig durchgeführt.

Alle zum Einsatz kommenden Arbeitsmittel seien entsprechend den Richtlinien desinfiziert vorgehalten und eingesetzt worden. Handtücher würden nicht zweimal verwendet.

Er behauptet, dass die von der Klägerin vorgenommene Wundbehandlung die Entzündung erst hervorgerufen habe.

Für die weiteren Einzelheiten des Sach- und Streitstandes wird auf die wechselseitigen Schriftsätze nebst Anlagen sowie das Protokoll der mündlichen Verhandlung Bezug genommen.

Das Gericht hat Beweis erhoben durch Vernehmung der Zeugen \_\_\_\_\_ und \_\_\_\_\_. Zudem hat das Gericht auf der Grundlage des Beweisbeschlusses vom 12.10.2017 Beweis erhoben durch Einholung eines schriftlichen Gutachtens der Sachverständigen Dr. med. Christoph Wiemer. Wegen des Ergebnisses der Beweisaufnahme wird auf das schriftliche Gutachten vom 23.07.2018 sowie das Protokoll der mündlichen Verhandlung Bezug genommen.

Die Antragsschriften sind dem Beklagten am 07.04.2017 und 21.09.2017 zugestellt worden.

Die Parteien haben einer Entscheidung im schriftlichen Verfahren mit den Schriftsätzen vom 03.09.2018 und 24.09.2018 zugestimmt.

### Entscheidungsgründe:

Die zulässige Klage ist unbegründet.

I.

Die Klägerin hat gegen den Beklagten keinen Schadensersatzanspruch aus §§ 280 Abs. 1 BGB i.V.m. Dienstvertrag nach § 611 BGB. Die vertragliche Vereinbarung einer kosmetischen Fußpflege ist nicht als Behandlungsvertrag im Sinne des § 630a Abs. 1 BGB zu werten, da Gegenstand des Vertrages nicht eine medizinische Behandlung ist. Diese setzt nach dem Willen des Gesetzgebers für § 630a Abs. 1 BGB eine Heilbehandlung voraus (Lafontaine, in: jurisPK-BGB Band 2, 8. Aufl., 2017, Stand 01.12.2016, § 630a Rn. 109).

1.

a)

Die Zeugin \_\_\_\_\_ verletzte den rechten Fuß der Klägerin und damit ihre Sorgfalts- und Fürsorgepflicht aus dem Dienstleistungsvertrag.

Nach der Beweisaufnahme durch Vernehmung der Zeugen \_\_\_\_\_ und \_\_\_\_\_ ist das Gericht zu der Überzeugung gelangt, dass die Zeugin \_\_\_\_\_ die Klägerin während der Fußpflege bei der Entfernung der Hornhaut am rechten Fuß verletzte.

So hat der Zeuge \_\_\_\_\_ bekundet, der zuvor unversehrte Fuß der Klägerin sei durch Einsatz eines elektrischen Hobels im Bereich unterhalb des Fußballens im Bereich des großen Zehs verletzt worden. Die Verletzung habe sich in Form eines Lochs dargestellt.

Diese habe er bei unterbrochener Anwesenheit während der Behandlung beobachtet, da er sich im Türrahmen des Behandlungszimmers aufgehalten habe.

Nachdem die Verletzung hervorgerufen worden sei, habe sich die Zeugin \_\_\_\_\_ erkundigt, ob die Klägerin Bluterin oder Diabetikerin sei.

Die Aussage wird von den Bekundungen der Zeugin \_\_\_\_\_ nicht widerlegt. Sie hat ausgesagt, keine Erinnerungen an die konkrete Behandlung der Klägerin zu haben, insbesondere nicht an eine von ihr der Klägerin zugefügten und letztlich blutenden Verletzung.

Soweit die \_\_\_\_\_ bekundet hat, der Zeuge \_\_\_\_\_ habe sich nicht in dem Behandlungszimmer befunden, steht dieses nicht im Widerspruch zu dessen Aussage. Im Übrigen sind die Aussagen des Zeugen \_\_\_\_\_ sowie dessen Erinnerungen zu den örtlichen Gegebenheiten so präzise, dass das Gericht von seinem Standort in dem Türrahmen überzeugt ist. Die Zeugin \_\_\_\_\_ hat dem nur entgegensetzen können, wie sie üblicherweise verfahre. Damit kann sie die konkreten Erinnerungen des Zeugen \_\_\_\_\_ aber nicht entkräften.

b)

Die Pflichtverletzung ist jedoch nicht ursächlich für die Entstehung einer sogenannten Wundrose (Erysipel) am Fußballen des rechten Fußes der Klägerin.

aa)

Auf der Grundlage des schriftlichen Gutachtens gelangt das Gericht zu der Überzeugung, dass die Verletzung der Klägerin am Fußballen eine Bagatelle-Verletzung darstellt. Zu einer solchen Bagatelle-Verletzung hat der Sachverständige festgestellt, dass mit ihr für einen Menschen, der aufgrund seiner Vorerkrankung im zu Vergleich zu einem gesunden Menschen ein erhöhtes Risiko verbunden ist, an Infektionen und chronischen Entzündungen zu erkranken. Die in dem Gutachten im Einzelnen aufgeführten Vorerkrankungen, auf die Bezug genommen wird (S. 7 des Gutachtens), seien geeignet, sich negativ auf eine Entzündung im Bereich des

Fußes/Beins auszuwirken. Berücksichtige man diese Vorerkrankungen und die damit einhergehende, erhöhte Bereitschaft, eine Entzündung zu erleiden, so wäre bei der vorliegenden Bagatelle-Verletzung als alleinige Ursache für eine Entzündung zu erwarten gewesen, dass eine solche Entzündung innerhalb der ersten Tage nach dem Setzen der Verletzung aufgetreten wäre. Da die Entzündung aber erst nach 2,5 Wochen nach der Verletzung aufgetreten sei, sei der Schluss möglich, dass der Zeuge durch seine nicht fachmännische, eigenständige Behandlung die wesentliche Ursache für die Entzündung gesetzt habe. Denn erst durch die Behandlung der Wunde mit Salben und Kompressen sei es zu einer Aufweichung der umgebenen Haut gekommen und zugleich sei eine feuchte Kammer geschaffen worden, die erst recht die idealen Bedingungen für das Aufblühen einer solchen Entzündung geschaffen habe. Bei einer sachgerechten Behandlung hätte sich die Wundrose mit hoher Wahrscheinlichkeit vermeiden lassen.

Das Gutachten ist methodisch nicht zu beanstanden und verständlich nachvollziehbar. Die Feststellungen halten einer sorgfältigen und kritischen Würdigung durch das Gericht stand. Das Gutachten wahrt die formalen Standards und hat eine vollständige Verwertung der Anknüpfungs- und Befundsachen vorgenommen. In sich ist das Gutachten widerspruchsfrei und schlüssig.

bb)

An diese Tatsachengrundlage schließt sich die rechtliche Würdigung des Gerichts an, die dazu führt, einen kausalen Zusammenhang zwischen der zur Verletzung führenden Pflichtverletzung und der Wundrose und damit die haftungsbegründende Kausalität zu verneinen.

Sowohl nach der Äquivalenztheorie als auch unter Berücksichtigung der Adäquanztheorie kann eine Kausalität nicht verneint werden. Denn weder kann die Verletzungshandlung hinweggedacht werden, ohne dass die Wundrose entfele, noch liegt die Entzündung der Wunde nach einer Schnittverletzung außerhalb des Wahrscheinlichen und des nach dem gewöhnlichen Verlauf der Dinge zu Erwartendem. Zudem ist es dem Zivilrecht fremd, nach wichtigen und weniger wichtigen Ursachen zu unterscheiden, da es für die haftungsrechtliche Verantwortlichkeit genügt, wenn ein Ereignis mitursächlich war (Oetker, in: Münchener Kommentar zum BGB, 7. Aufl., 2016, § 249 Rn. 134). Auf der Grundlage des Sachverständigengutachtens ist das Gericht davon überzeugt, dass die Verletzung durch die Zeugin sowie die fehlerhafte Wundbehandlung des Zeugen kumulativ kausal für die Wundrose geworden sind, weil die Verletzung während der Fußpflege bei fachgerechter Behandlung mit hoher Wahrscheinlichkeit nicht zu einer Entzündung geführt hätte (vgl. Oetker, in: Münchener Kommentar zum BGB, 7. Aufl., 2016, § 249 Rn. 135; Grüneberg, in:



Palandt, BGB, 77. Aufl., 2018, Vorb v § 249 Rn. 34). Zu berücksichtigen ist jedoch, dass die verschiedenen Verletzungen eindeutig den Zeugen und zugeordnet werden. Während die Zeugin die Verletzung am Fußballen (Loch) durch Ansetzen des Fußpflegeinstruments verursacht hat, hat der Zeuge die Ursache für die Wundinfektion gesetzt. In dieser Fallkonstellation haftet jeder Schädiger nur für den von ihm bewirkten Schadensteil (vgl. BGH, NJW-RR 2014, 1118 [25]; Oetker, in: Münchener Kommentar zum BGB, 7. Aufl., 2016, § 249 Rn. 135; Grüneberg, in: Palandt, BGB, 77. Aufl., 2018, Vorb v § 249 Rn. 34).

Die Klägerin stützt ihre Schadensersatzforderungen ausschließlich auf die Schäden, die auf der erlittenen Wundrose beruhen. Soweit das Gericht zugunsten der Klägerin davon ausgeht, dass eine immaterielle Schadensersatzforderung auch auf die reine Schnittverletzung gestützt wird, entspricht es der Billigkeit nach § 253 Abs. 2 BGB, für diese Bagatelle-Verletzung keinen Schadensersatz zuzusprechen.

Schließlich ergibt sich nichts anderes aus der von der Klägerin zitierten Rechtsprechung zum Arzthaftungsrecht. Erstens bestehen schon erhebliche Zweifel, ob das Arzthaftungsrecht auf den vorliegenden Fall, in dem die Behandlungen durch zwei medizinische Laien erfolgt, übertragbar ist. Zweites wird vorliegend der Grundsatz, der erstbehandelnde Arzt hafte dem Geschädigten für die Folgen einer späteren, fehlerhaften ärztlichen Behandlung (BGH, NJW 2003, 2311, 2313 f.) beachtet. Denn es liegt gerade kein Fall der überholenden Kausalität vor, sondern die einzelnen Behandlungsbeiträge lassen sich konkreten Verletzungserfolgen zuordnen.

## 2.

Dass die Zeugin darüber hinaus eine fehlerhafte Erstwundversorgung vornahm, kann nicht festgestellt werden. Nach höchstrichterlicher Rechtsprechung kommt eine Haftung für die Infizierung einer Operationswunde durch von einem Mitglied des Operationsteams ausgegangene Keime nur dann in Betracht, wenn die Keimübertragung bei der gebotenen hygienischen Versorgung hätte verhindert werden können (BGH, NJW 1991, 1541, 1542). Es fehlt vorliegend aber bereits an der Feststellung, die Erstwundversorgung der Verletzung habe wegen Verunreinigungen zu der Entzündung geführt.

## II.

Die Klägerin hat gegen den Beklagten ebenso wenig einen Anspruch auf Schadensersatz aus § 831 Abs. 1 BGB. Zwar kann eine Rechtsgutsverletzung zum Nachteil der Klägerin durch eine Handlung der Zeugin bejaht



werden. Jedoch ist die haftungsbegründende und haftungsausfüllende Kausalität aus den vorgenannten Erwägungen zu verneinen. Die Bagatelle-Verletzung im Zuge der Fußpflegebehandlung hat nicht zu der Wundrose und den daraus resultierenden materiellen und immateriellen Schäden geführt. Auf § 830 Abs. 1 S. 2 BGB kann nicht zurückgegriffen werden, weil kein Fall der alternativen Kausalität gegeben ist (vgl. Oetker, in: Münchener Kommentar zum BGB, 7. Aufl., 2016, § 249 Rn. 136).

### III.

Der Feststellungsantrag ist aus den vorgenannten Gründen unbegründet.

### IV.

Die Zinsforderungen und der Anspruch auf Zahlung von den vorgerichtlichen Rechtsanwaltskosten teilen als Nebenforderungen das Schicksal der Hauptforderung.

### V.

Die Nebenentscheidungen beruhen auf §§ 91, 708 Nr. 11, 711 ZPO.

### VI.

Der Streitwert wird gem. § 3 ZPO auf bis 5.000,00 EUR festgesetzt.

### **Rechtsbehelfsbelehrung:**

A) Gegen dieses Urteil ist das Rechtsmittel der Berufung für jeden zulässig, der durch dieses Urteil in seinen Rechten benachteiligt ist,

1. wenn der Wert des Beschwerdegegenstandes 600,00 EUR übersteigt oder
2. wenn die Berufung in dem Urteil durch das Amtsgericht zugelassen worden ist.

Die Berufung muss **innerhalb einer Notfrist von einem Monat nach Zustellung** dieses Urteils schriftlich bei dem Landgericht Dortmund, Kaiserstr. 34, 44135 Dortmund, eingegangen sein. Die Berufungsschrift muss die Bezeichnung des

Urteils, gegen das die Berufung gerichtet wird, sowie die Erklärung, dass gegen dieses Urteil Berufung eingelegt werde, enthalten.

Die Berufung ist, sofern nicht bereits in der Berufungsschrift erfolgt, binnen zwei Monaten nach Zustellung dieses Urteils schriftlich gegenüber dem Landgericht Dortmund zu begründen.

Die Parteien müssen sich vor dem Landgericht Dortmund durch einen Rechtsanwalt vertreten lassen, insbesondere müssen die Berufungs- und die Berufungsbegründungsschrift von einem solchen unterzeichnet sein.

Mit der Berufungsschrift soll eine Ausfertigung oder beglaubigte Abschrift des angefochtenen Urteils vorgelegt werden.

B) Gegen die Streitwertfestsetzung ist die Beschwerde an das Amtsgericht Dortmund statthaft, wenn der Wert des Beschwerdegegenstandes 200,00 EUR übersteigt oder das Amtsgericht die Beschwerde zugelassen hat. Die Beschwerde ist spätestens innerhalb von sechs Monaten, nachdem die Entscheidung in der Hauptsache Rechtskraft erlangt oder das Verfahren sich anderweitig erledigt hat, bei dem Amtsgericht Dortmund, Gerichtsstraße 22, 44135 Dortmund, schriftlich in deutscher Sprache oder zur Niederschrift des Urkundsbeamten der Geschäftsstelle einzulegen. Die Beschwerde kann auch zur Niederschrift der Geschäftsstelle eines jeden Amtsgerichtes abgegeben werden.

Ist der Streitwert später als einen Monat vor Ablauf dieser Frist festgesetzt worden, so kann die Beschwerde noch innerhalb eines Monats nach Zustellung oder formloser Mitteilung des Festsetzungsbeschlusses eingelegt werden.

Dr. Laqua

Beglaubigt

Urkundsbeamter/in der Geschäftsstelle

Amtsgericht Dortmund

